

Die Einheitsfront der Radikalen

Sie wollen die Republikaner aufputschen

mitgeteilt, daß man noch ihnen „bisherigen Informationen“ an die „Ernenennung eines Ausnahmekommissars in Preußen“ denke, der nicht an Stelle, sondern neben der preußischen Regierung aufrechterhaltenen Befugnisse zur Aufrechterhaltung der Reichs- und Landesgesetzgebung und des Reichsrechts haben dürfte. Das war offenbar ein Vorbehalt. Bei dieser Regelung hätte man der preußischen Regierung die angehöb von dieser veranlagte Bekämpfung der Kommunisten aus der Hand genommen. Aber wie hätte man dann die „Reinigung“ der preußischen Verwaltung von Republikanern vornehmen können? Das genügt eben nicht, und es ist ab 16 hat weiter geschrieben.

Diese „Reinigung“ wird jetzt in derjenigen Presse mit Jubel begrüßt, die sich sonst zum Anwalt der Beamtenrechte aufgeworfen pflegt. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ wirft Herrn von Braun Agilität vor, da er nicht „überflüssig“ zu zeigen“ beabsichtige, sondern „nur das Notwendige zu tun“. Man könne „maßvollig nicht behaupten“, daß er „Irenendie zu hart durchgegriffen“ hätte. Verwundert fragt man sich, weshalb denn dann dasselbe Blatt ein so trefflich schmeilt, wenn im Laufe einer langen Entlohnung Beamte, die sich durchaus nicht einordnen ließen, vertrieben oder unter Umständen zur Einreidung des Arbeitsfeldes veranlaßt wurden. Die Erklärung liegt in einem Worte befohlen, oder besser in einem Schlagwort: in dem Wort von den „Partei-Beamten“.

Was ist denn eigentlich ein Partei-Beamter? In der agitatorischen Ausnutzung dieses Schlagwortes gab gewöhnlich die Vorstellung erneuert werden, ein Partei-Beamter sei ohne fachliche Ausbildung und ohne Einwirkung nur einer Parteiführerschaft in ein fremdes Amt gekommen. Nun hat es auch unter der Monarchie stets Aufseher gegeben, die auch ohne das Ämter-Examen es zu etwas brachten. Auf den berüchtelten von diesen Aufsehern pflegen sich gerade die jetzt aus Aulder kommenden Kreise mit Vorliebe zu beziehen: es ist Otto von Bismarck, der nie ein Ämter-Examen gemacht hat, aber im preußischen Staatsrat eine Leistung nach der anderen erbrachte, bis er sich so auszeichnete, daß, was man ihm zur Bekämpfung die Öffentlichkeit am Bundesstag übertrug. Dieser „Partei-Beamte“ hat dann das Deutsche Reich gegründet, das, bis heute, allen Stämmen noch trosten konnte.

Es braucht also der Aufseher noch nicht ungeneigt zu sein. Immerhin ist in unserer spezialisierten Zeit für den Aufseher nicht allzuviel Raum. Das Berufsbeamtentum hat sich mit Recht dagegen gewehrt, daß ihm allewärts die Augenpaare zugelegt wurden. Es hat dafür viel zu leisten beigetragen, die Regierung eines Verfalls zu verhindern. Beweis: die heute bestmögliche Stelle der Bundeskanzler. Bei drei Staatssekretären und etwa 40 Ministerialdirektoren insgesamt in Preußen hat man nur zwei Staatssekretäre und nur einen Ministerialdirektor ausfindig machen können, die Sozialisten sind, und, weil man sich offenbar vor den nationalsozialistischen Feinden etwas schonte und sich gerade, es nicht die geringe Zahl als Schlagwort gebrauchte, verdient man bei Demokraten wenigstens gleich wenig. Die Republik hat es eben verdient, einen homogenen Beamtentypus zu schaffen. Es fand ein fadisch auf der Höhe hehendes Beamtentum vor, das unter der Monarchie zu einer Einheit des Denkens und Fühlens von feldbau gebildet worden, die etwa einen Nationalbureau als Landrat fühlte als den verdächtigen linken Flügel der Partei, die sich nicht als Partei beginnt — und verliert vor es ein Fehler — hier im Laufe der Jahre bei der natürlichen Ergänzung des Beamtentypus auf ein Gleichgewicht hinzuwirken. Man hat Beamte, auch wenn sie ausgesprochen unrepublikanisch und der Rechte ungeneigt waren, in maßgebenden Aemtern belassen und auch befördert. Man stellte, und das sicherlich mit Recht, die fachliche Qualifikation allem an den ersten voran.

Es ist es gekommen, daß heute, bald 14 Jahre nach der Revolution die „neuen“ Männer in Preußen sehr viel „alte“ Männer vorfinden, von Herrn Hobis und Herrn Loche, über Herrn Wehe und Herrn Bog im Finanzministerium zum Oberberghauptmann Fleming im Handelsministerium und weiter. Eine tüchtige Reihe, ferner, aber sind hier die 24, die man heute demagogisch „Ansprüchler“ als die „Staatsleiter“ rechnet, deren weitere Präsenz im Beamtentum inoffiziell offenbar die Bekämpfung der Kommunisten unmöglich gemacht hätte. Man kann sich vorstellen, in wie einer Verbindung ihm sein Refort mit den Kommunisten halten müßte, die ja wohl in den Wandvertragsstammern eine große Rolle spielen! Aber, ernsthaft gesprochen: wie stellt man sich eigentlich die „Abhängigkeit“ des Staatsleiters im Handelsministerium und im Landwirtschaftsministerium, die den Kommunisten gegenüber in wenigen Monaten, um nicht zu sagen Jahren, dienlich mit Kommunisten nicht zu tun gehabt. Aber der früher dem Staatssekretär Krüger unterstellte jetzige Reichsstaatssekretär Wülfert sollte das preußische Landwirtschafts-Refort mitbrachten bekommen, „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“.

Der Staatssekretär Krüger ist Sozialdemokrat. Er hat in diesem Refort eine „Requartier“, die benennenswert ist. Er hat beide juristischen Staatssekretäre, ist im braunschweigischen Staatsrat ausgebildet worden, wurde 1910 ins Reichsarbeitsministerium berufen, wurde 1923 Regierungspräsident in Lüneburg und bewährte sich dort so ausgezeichnet und erwarb sich so allgemein anerkannte Bekanntheit um die Landwirtschaft, daß er 1927 ins Landwirtschaftsministerium berufen wurde, 1927 ins Reichsarbeitsministerium ernannt wurde, 1927 ins Reichsarbeitsministerium ernannt wurde, 1927 ins Reichsarbeitsministerium ernannt wurde.

Und Staatssekretär Stauberger? Er ist seit 1917 im Reichsarbeitsministerium gewesen, und als er 1927 als Ministerialdirektor dieses Ministerium verließ, um Staatssekretär im preußischen Handelsministerium zu werden, da ließ ihm der damalige Reichswirtschaftsminister Cur-

Die Nationalsozialisten und Kommunisten stimmen wieder einmal völlig überein in dem schäblichen Versuch gegenüber den verfassungstreuen Republikanern. Ihre Presse überläßt sich in Hohn und Spott über die angebliche Kapitulation der „Eiseren Front“, Kommunisten und Nationalsozialisten ein Herz und eine Seele.

In der kommunistischen Presse wird alles darauf abgesehen, die Massen gegen die Sozialdemokraten aufzuheizen, die „Schmachvollkapitulation“. Ist wörtlich im gleichen Sinne äußert sich die „Nationalpolitik“, die als Erlaß für den „Angriff“ erfindet: Die preußische Regierung, die mit Zug und Wort demagogisch worden sei, habe schamlos das Kolonnenrecht vergriffen. Bei der „Eiseren Front“ herrsche die Befehlshaber und Hinterlist über das wenig moralische Verhalten der bisherigen Männer. Im „Blätter des Arbeiter“ wird General Loche beschimpft und bedroht. Die „große Abrechnung“ komme noch, und dabei werde das Sprichwort so Schanden werden, daß man die Großen laufen lasse. Zur Enttäuschung dieser Drohung liegt das offizielle Organ Hinters hinaus: „Wir werden sie genau so hängen, wie die Verhörer der Arbeiter, die von der Korruption dieses Systems der „Eiseren Front“ herrsche“ eine solche unerträgliche, auch menschlich minderwertige Behauptung!

Gleichzeitig wird auf Grund gefälliger Vermählungsberichte

Kurzwechsel bei der politischen Polizei

Die „Gesetzten“ im Polizeipräsidium geht weiter. Man hat nun, sollen in der Politischen Abteilung personelle Veränderungen vorgenommen werden, die sich in den Rahmen der allgemeinen Ämter liegen. Die Bearbeitung der „radikalen“ Einzelfälle soll künftig von Departementen vorgenommen werden, die sich „in ihrer eigenen politischen Haltung entgegen den davon absehen“. Ebenfalls sollen in der Abteilung für kulturpolitische Fragen nur noch Persönlichkeiten tätig sein, die sich von den Boden der christlichen Weltanschauung und Kulturanschauung lösen.“

Damit ist deutlich genug gesagt, daß nun auch hier ein scharfer Restkurs eingeleitet werden soll. Insbesondere Zwangsmaßnahmen scheinen übrigens in diesem Fall nicht vorgesehen zu sein. Es handelt sich lediglich um eine Verlegung der Departementen zwischen den einzelnen Abteilungen.

Die Abhebung der Beamten durchgeführt

Soweit sich bisher übersehen läßt, hat sich die entsprechende Verlegung in den Abteilungen der Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten sowie der Reichsanwaltschaften vollzogen. Die Beamten haben ihre Aemter in den meisten Fällen ihren ordentlichen Stellvertretern übergeben.

Der bisherige Polizeipräsident von Köln, Baunack, hat an den Reichsanwalt als Reichskommissar für das Land Preußen ein Telegramm geschickt, in dem er gegen seine Abhebung Verwahrung einlegt und zum Ausdruck bringt, daß er sich

behaupet, die Eiserne Front wolle nur die illegalen Übergriffe. Diese Demonstration erfolgt offenbar planmäßig. Die „Deutsche Presse“ geht noch einen Schritt weiter und verlangt das Verbot der Eiseren Front und des Reichsbanner! Von beiden Seiten wird versucht, die Staatszerstörer Massen der Bevölkerung durch Propaganda zu Unbeliebten zu drängen. Das Spiel ist zu durchsichtig!

Besonders furchtbar für die nationalsozialistische Doppelzunge ist es auch, daß ihre Führer und ihre Presse der Reichsregierung beglückwünschten, daß für ihre Aktion gegen Preußen werden, während gleichzeitig Flugblätter verbreitet werden, in denen es wörtlich heißt:

„Die Papstregierung ist für uns ein Kabinett der Reaktion, das den Weg zur Freiheit und zum Aufstieg versperrt. Deshalb hat mit Papen.“

Diese Doppelzungenhaftigkeit entspricht dem ganzen Wesen einer Partei, die sich gleichzeitig an die rechtsständigen wie an die radikalen Instanzen wendet. Doch ein beträchtlicher Bruchteil nicht nur der Mitglieder, aus dem kommunistischen Lager kommt, ist bekannt. Die Regierung kann noch ihre Freude an diesen Sätzen erleben.

seiner Anordnung nur flüht, um nicht unnötig die ihm unterstellte Beamtenschaft zu beeinträchtigen.

In Köln hat die Abhebung des Oberpräsidenten Soos und des Kaffeler Polizeipräsidenten Dr. Jochenfeldt, die beide der Sozialdemokratischen Partei angehören, eine Parteiregierung unter den Arbeitern ausgehört, so daß die Führer ihre ganze Autorität einsetzen mußten, um spontane Protestausbrüche zu verhindern.

Man betrautet den Kaffeler Polizeipräsidenten, der seit Jahren von der äußersten Rechten und Linken als scharfer angegriffen wird, als das Opfer einer falschen politischen Theorie. Dr. Jochenfeldt wurde im Jahre 1912 in Deutsch-Schlesien, machte unter Lettow-Borbes den afrikanischen Feldzug mit und geriet in englische Kriegsgefangenschaft. Nach dem Kriege wurde er Regierungsrat und später Regierungsrat im Polizeipräsidium Oberfeld, um 1928 das Polizeipräsidium Köln zu übernehmen. Dr. Jochenfeldt, der jetzt im 62. Lebensjahre steht, hat sich in der Zeit seiner Kaffeler Tätigkeit auszeichnet, seine Dienstobliegenheiten überparteilich und objektiv zu erfüllen. Daß er dem unpopulären Regentenbesitzer, der „Kampf“ verurteilt äußerster Rechten und Linken zum Opfer fiel, wird nicht nur von seinen Parteifreunden bedauert.

Prozess Weiß gegen „Angriff“

Beginn 29. Juli

Der Hauptverhandlungstermin in dem Befehlungsprozess des früheren Polizeipräsidenten Dr. Weiß gegen die Redaktion des „Angriff“ ist nunmehr anberaumt auf den 29. Juli vor dem Großen Senat des Reichsgerichts in Angelegenheiten. Für die Verhandlung sind mehrere Tage in Aussicht genommen, doch ist es nicht unmöglich, daß der Prozess über eine Woche dauern wird.

Reichsgerichtspräsidenten, langjähriger Leiter der Deutschen Hochschule für Politik, ein Fachmann, der allgemein anerkannt ist. Gegen ihn ebenso wie gegen Sarna nicht sich die Abweisung hauptsächlich, weil diese Sache überhaupt nicht der Sozialdemokratie angehöhligen haben. Oberpräsident Fald ist ein hervorragender Jurist, wohl der beste Kenner des Beamtenrechts. Polizeipräsident Eiche, ein früherer Staatsanwalt, Polizeipräsident Jochenfeldt, ebenfalls Volkswirt, Regierungspräsident Aemelingen gilt als einer der bestfahigen Männer der preußischen Verwaltung, aber es scheint, daß ihm kein dienstlicher Wohnort Minister, so auch Bepn behauptet ist, Gelegentlich gab, Anstöß zu erregen.

Wo aber bleibt der Vorwurf der „inneren Abhängigkeit“ von den Kommunisten? Es ist hier für recht wenig anzunehmen, man möge es nicht die 24 als solche betrachten, nachdem man sie bis heute schuldig gehalten. Vor allem aber schuldig gehalten ist man die angeblich so dringliche Aktion gegen die Kommunisten. Nicht als ob wir der Ansicht seien, daß tatsächlich eine gute kommunistische Gefahr bestünde. Die Abwehr der kommunistischen Gefahr, ebenso wie jeder durch gewaltsame Einwirkung drohende Gefahr wird immer gewaltsam durch die preußische Verwaltung. Wenn man jetzt so viele preußische Dienststellen ihrer verantwortlichen Chefs von einem Tag auf den anderen beraubt und die Verwaltung der Reichsregierung überläßt, so muß das, aber bei aller Anerkennung der Tüchtigkeit auf dieser Betreuer, verwerfend wirken. Die Verlegung für Unruhefächer, sich diese Bewerzung zuzumachen, ist in der Tat sehr gewaltig. Man darf das ins Feuer geben, daß man die Aktion man dadurch die Republikaner richtet.

Es wird nicht sein, sich zu erinnern. In diesen Tagen sich dessen zu erinnern, was früher gesagt wurde. Und in späteren Tagen sich dessen zu erinnern, was jetzt geschieht, C. M.

Alles für den Wahlkampf

Parteienvorstand und Parteiführer der Sozialdemokratischen Partei folgten am Donnerstag einhimmig einer Entschliessung, in der die höchste Bereitschaft der Organisationen angedeutet wird. Weiter wird gesagt:

„Der gemeinsame Kampf, der von den Nationalsozialisten gefördert und von der Reichsregierung vollzogen wurde, hat die verantwortungsvolle Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Partei am preussischen Freistaat vorläufig unterbrochen.“

Wie im Reichsitzungsjahr in Preussen die Kleinereinheit einer bündigen Oberfront aufgerichtet, und jeder Einfluss der breiten werktätigen Massen völlig ausgeschlossen worden. Es liegt jedoch in der Hand des Volkes, durch Wahl von Sozialdemokraten am 31. Juli die geforderte Reichsregierung der Republik wiederherzustellen und sich selber den gebührenden Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten wieder zu verschaffen. Der 31. Juli muß ein Tag des Gerichts werden für die Abgrenzung der Partei und ihrer nationalsozialistischen Helfer. Es darf nicht gelingen, die Aufmerksamkeit vor der Tatsache abzulenken, daß Hitler und seine Partei für den sozial-revolutionären Ruts, der jetzt getrieben wird, die volle Verantwortung tragen. Diese Hitler seiner Fugensamt-Verordnung!

Die kommunikativen Führer, die seit Jahren Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten den Kampf gegen Braun und Goering geführt, ihren Sturz, ihre Abweisung, ihre Verleumdung und Verunglimpfung gefordert haben, setzen jetzt wegen der Abweisung von Braun und Goering zum Generalstreik auf. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich die Wahl ihrer Mittel und die Stunde ihres Handelns nicht von den Bundesorganen der Nationalsozialisten im Kampf gegen Braun und Goering vorbehalten lassen. Es gilt jetzt in voller Aktivität, Disziplin und Einigkeit alle Kräfte für den Wahlkampf und den Sieg der Sozialdemokratie zusammenzufassen.“

★

Die Berliner Detailartikel der Freien Gewerkschaften waren in einem Aufsatze „An die Arbeiter, Angestellten und Beamten Berlins“ vor Propagandisten und mahnen zur Disziplin.

Auch die Zentrumsfraktion klagt

Die Bundestagung des Zentrums hat beschlossen, sich der Klage der preussischen Regierung beim Staatsgerichtshof anzuschließen.

Weiter wurden die Richtlinien für eine Entschliessung festgelegt, die am Nachmittag einmütig vom Parteienvorstand beschlossen werden soll. In dieser Entschliessung sprechen die Fraktion und der Parteienvorstand den Zentrumsmännern ihren einmütigen Dank für ihre Arbeit am Staat Preussen und für ihre Haltung gegenüber dem Kabinett Bogen aus. Ebenso einmütig ist der Protest gegen das Vorgehen der Reichsregierung, „das verfassungswidrig begründet wird.“

Protestieren wird gegen die unerbittliche Form, in der man mit der preussischen Regierung verfahren ist, Zurückweisung der Behauptung, die der Reichstag in seiner Rundfunkrede gemacht hat, daß nämlich die Regierung in irgendwelchen Beziehungen zu den Kommunisten gestanden habe. Dagegen wird darauf aufmerkzaam gemacht, daß seit Jahren zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen einerseits und den Kommunisten andererseits bis in die jüngsten Zeiten vielfach ein solches Hand-in-Hand-Arbeiten festzustellen gewesen ist.

Das Verfahren gegen Orzeszinski, Heimannsberg und Weiß

Die Bearbeitung der gegen den früheren Polizeipräsidenten Albert Orzeszinski, den früheren Polizeivizepräsidenten Dr. Bernhard Heimannsberg und den früheren Polizeikommandeur Oberst Magnus Heimannsberg eingeleiteten Verfahren durch die Staatsanwaltschaft I hat ergeben, daß die Voraussetzungen für eine Aburteilung im Schnellverfahren nicht gegeben sind. Die Staatsanwaltschaft wird daher im gewöhnlichen Beschleunigungsverfahren ergehen und die Einleitung des Hauptverfahrens vor dem öffentlichen Schöffengericht Berlin-Mitte beantragen.

Während die Rechtslage bei Dr. Weiß und Oberst Heimannsberg geklärt erscheint, bestehen bezüglich des Polizeipräsidenten Orzeszinski Zweifel, ob er nicht unter dem Schutz der Immunität steht und nicht vor Gericht gebracht werden kann. Dabei ist zu hören, ob er im Rechtsfall „auf feierlichen Tat“ schlagkommen werden ist, und hochwahrscheinlich, ob nicht seine Abgeordnetenimmunität durch seine Selbstentlassung wieder hergestellt wurde. Die Staatsanwaltschaft vertritt die Ansicht, daß eine Wiederherstellung der Immunität nicht in Frage kommt.

Weglässig der „feierliche Tat“ ist noch zu prüfen, ob die Festnahme erfolgte, weil Orzeszinski sich den Anordnungen des Anhabers der vollziehenden Gewalt widersetzt, oder ob hierauf, um weitere Amtshandlungen des Polizeipräsidenten zu verhindern. Im letzteren Falle würde eine Festnahme „auf feierlichen Tat“ vorliegen, im letzteren Falle wäre die Immunität wieder herzustellen, um das Verfahren durchzuführen zu können, der preussische Landtag nämlich die Aufhebung der Immunität in dem Weg Orzeszinski beschließen.

Aufrufungsperre für oldenburgische Beamten

Die nationalsozialistische oldenburgische Regierung hat auf Grund von § 37 der Landesverfassung, einem Rotverordnungsparagraphen der Oldenburgischen Verfassung, eine Verordnung herausgegeben, durch die das Personal aller sämtlicher Beamten

Die Haltung der Länder

Ministerpräsident Helds Kritik

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 22. JULI

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat in einer Bekanntmachung der Bayerischen Volkspartei in Nürnberg betont maßvoll und verständnisvoll über die Entwicklung im Reich gesprochen.

Nach einer Kritik an der ersten Regierungserklärung und an der finanziellen Rotverordnung erklärte er, das Kabinett Bogen sei fast vollständig konzentriert, sobald seiner Zusammenlegung nach als auch hinsichtlich der Verantwortung, was am deutlichsten in der „Zufälligkeit“ der Forderung der Reichsregierung gegen Preussen durch Hitler und Spangenberg am Montag und in dem wie aus der Wüste geschossenen Wollzug dieser Aktion am Mittwoch in Erscheinung trete. Die Staatsanwaltschaft müsse schwer leiden, wenn derartige „Zufälligkeiten“ sich häufen sollten.

Die geltend gemachten Ansprüche seien von Bedeutung. In der bayerischen Staatsregierung habe man die Lieberzeugung, daß die getroffenen Maßnahmen mit der Reichsverfassung, auch wenn man den Art. 48 so weitestgehend auslegt, nicht zu begründen seien. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß das Reich von sich aus auf Grund eines vermeintlichen Rechts einfach herbeigehe und den Ländern ihre Rechte nehme, die Länderregierungen ergehen wolle und Landbeamten vor sich aus abführe. In dem Augenblick, wo das Reich sich anmache, an die Stelle von Ländern und Länderregierungen zu treten, würden die Stimmen des betreffenden Landes im Reichsrat nicht mehr von dem Land abgehen, sondern vom Reich selbst, das dann in diesem Fall zwei mal im Reichsrat vertreten liege. Das sei eine staatsrechtliche Unmöglichkeit.

Es moche den Eindruck, als ob man sich schon jetzt mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet fühle. Nach keinem Vorfall habe es eine vernünftige gewesen, sich vorher mit den Länderregierungen zu verständigen. Im Bayern habe man den Kommunisten gegenüber eine so harte Staatspolitik betrieben, daß sie nicht zur Gesehe gekommen seien. Durch das Uniform- und Aufzugsverbot sei Gefahr gelangt worden, daß keine Gesehe für die öffentliche Sicherheit und das Leben der Staatsbürger eintreten konnte. Es sei heute noch der Auffassung, daß der Umfang und die Organisation von Polizeiarbeiten parteipolitigert Wert, die nicht nur für die anderen Parteien, sondern für den Staat selbst gefährlich zum Verlust werden müßten, nicht gebildet werden können (Hinterläßer Verfall).

Rechts wäre verhängungswürdig, als wenn in diesem Augenblick zur letzten politischen Stelle ein allgemeiner, wirtschaftlicher Ruhestil heraufgeführt würde, z. B. durch einen Generalstreik. Bayern habe den Staatsgerichtshof angerufen, um zu verhindern, daß der Konflikt latent bleibe.

Am 31. Juli sollte das Volk seine Meinung mit dem Stimmzettel legen. Er nehme an, daß man nicht im Schilde führe, daß das Volk daran zu hindern, seine Meinung zu sagen, sondern daß die Reichsregierung Maßnahmen treffe auch zum Schutz der Reichsstaatsorgane und zur Ermöglichung einer friedlichen Entwicklung.

Vapen und Rahe

Der bayerische Staatsrat Schiffer bezeichnete in einer Zentrumserklärung in Muenchen, daß von der Regierung Bayern vorgelegten Reichshaushalt als eine innere Umwälzungsfaktoren. Es bestehe die Gefahr, daß Länder und Gemeinden im Winter nicht die Gesehe, die sie ihrer hungernden Bevölkerung helfen sollen. Das Kabinett Bogen ist als Vollzugsorgan des Willens des Braunes

Berliner Vorhänge für das Braune Haus

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Geheimnisverleihen, das die Berliner Genußkarte der Nationalsozialisten an die Münchener Zentrale gerichtet habe. Es handelt sich um ein Schriftstück, das den legalisierenden Kurs der Nationalsozialisten scharf beleuchtet.

Die Gesehe und Gehälter sollen auf den Stand von Jahre 1900 zurückgeführt, und das Recht auf Arbeitslosenunterstützung beseitigt werden. Im Falle unversicherteter Erwerbslosigkeit und Invalidität soll von der Gemeinde eine Rente gewährt werden, aber nur nach Begutachtung durch die zuständige Section der Nationalsozialistischen Partei.

Das Beamtenrecht soll aufgehoben und durch ein Angestelltenverhältnis mit einheitlichen Rangesklassen ersetzt werden. Für die Richter soll die Unschicklichkeit für sechs Monate aufgehoben werden. Die Gewerkschaften wären zu verbieten. Bei der Prege wäre alles, was links von der „A. S.“ steht, zu verbieten. Die übrige Prege wäre unter Vorzensur und unterdrückt zu gestatten, mit Ausnahme der „Deutschen Zeitung“, der „Hoffenzeitung“ und des „Angriffs“, die das Feindtum der Zentrumsfreieit haben sollen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Münchener Zentrale zu dieser Entschliessung verhalten wird.

Sauise gebildet werden. Heute aber erlobe Papen, was Rahe erlobe, es die Ritter nicht mehr den Willen tun wollte. Die Berufungsmöglichkeit des Preussensabtritte sei zum mindesten für alle die des Reichsstaats. Zeit habe das deutsche Volk nur noch durch die Länder die Möglichkeit, seine Stimme und seinen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Württemberg's Rechtsverwahrung

Das Schreiben, das die württembergische Regierung getten an den Reichspräsidenten und den Reichstagskanzler lautet, hat folgenden Wortlaut:

„Die Rotverordnung über die Einsetzung eines Reichsstaatsanwalts für das Land Preussen ist von größter Tragweite für alle Länder, da deren Selbständigkeit die Grundlage des deutschen Verfassungsgebens bildet. Da der Reichspräsident, ob die Rotverordnung in dem Artikel 48 der Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage hat, nach Artikel 19 der Reichsverfassung von dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches entlassen wird, so kann die württembergische Staatsregierung davon absehen, die von anderen Ländern bereits geltend gemachten und von ihr geteilten verfassungsrechtlichen Bedenken zu wiederholen. Sie kann sich darauf beschränken, ihre politische Verlegenheit auszusprechen. Diese Verlegenheit gilt der Auswirkung der Maßregeln in der Gegenwart. Sie schaffen einen Vorgang, der auch die übrigen Länder der Gesehe ähnlicher Eingriffe in ihre verfassungsmäßigen Rechte aussetzt. Gerade in Württemberg, wo das Eigenleben des Staates mit Höchstigkeit vertriebt wird, würde eine solche Einwirkung besonders schwer empfunden werden.“

Reichsregierung drohte mit Finanzmaßnahmen gegen Sachsen

Erst jetzt erfuhr man von einem Konflikt zwischen der sächsischen Regierung und der Reichsregierung, der die Erklärung: „Wapens, daß die Selbständigkeit der Länder unangetastet bleibt“, in das erste Licht stellt.

Der sächsische Landtag hatte eine Regierungsvorlage über die Aufwertung einiger Marklokalen der Gemeinden auf Grund des Reichs-Notenbankgesetzes von 1927 angenommen. Offenbar auf Betreiben von Osterfeldern, die sich hinter die Reichsregierung gestellt haben, landte diese der sächsischen Regierung einen Artikel, welcher die Gemeinde so rechtigst beschlossene Gesehe ebenfalls erbot und mit finanziellen Repressalien drohte. Lieberstein erwiderte unerwartet, die Landtagskassationen, daß die Regierung das Gesehe unbeschwert um den Einspruch der Reichsregierung durchzuführen, da sie sich sonst die Gefahr der Verfallung selbstig machen würde. Gerade auch Führer rechtschwerer Kreise waren empört über diesen verletzenden Einspruch in Sächsen.

Der Minister des Inneren, Richter, fuhr daraufhin nach Berlin. Unter Hinweis darauf, daß die sächsische Regierung sich seines Beschlusses (Schuld) schuldig machen wolle und könne, und unter scharfer Wiederlegung der Einwände der Reichsregierung gelang es ihm, den Einspruch abzuwehren. Das Gesehe wird in den nächsten Tagen im sächsischen Geseheblatt veröffentlicht werden, und damit in Kraft treten.

Der weiß, ob es nicht mit Gesehen zum offenen Konflikt gekommen wäre, wenn nicht gerade der Vorstoß gegen Preussen es der Reichsregierung hätte erlauben erlauben lassen, nicht auch noch in einem zweiten Fall die Länder zu zerschlagen...

Der Berliner Rundfunk

Ergebnis der Untersuchung

Das Reichspostministerium hat aus Anlaß der in der Presse gegen den Berliner Rundfunk erhobenen Vorwürfe eine besondere Prüfung der Geseheführung vornehmen lassen.

Ueber das Ergebnis wird amtlich mitgeteilt: „Es hat sich gezeigt, daß ein einzelner Stellen nicht durchweg nach den bestehenden Richtlinien verfahren worden ist. Die festgestellten Verstöße sind verfolgt worden und werden abgefolgt. Ferner ist durch Organisationsänderungen Vorsohle getroffen, daß sich Verstöße dieser Art nicht wiederholen.“

Dagegen liegen grobe allgemeine Verstöße nicht vor, wie sie in einem Teil der Presseveröffentlichungen behauptet worden sind, nicht vor. Die Bezüge des Rundfunkpersonals sind wie vorgeschrieben geregelt.

Bei der bevorstehenden Reorganisation des Rundfunks werden die Verhältnisse neuwertet. Dabei wird namentlich die Behandlung politischer und kultureller Fragen im Programm grundsätzlich neu geregelt.“

Staat der Autorität, aber nicht der Gewalt

In einer Frauen-Rundgebung der Deutschen Staatspartei in Hamburg eingeleitet die starke Erregung über die Maßnahmen der Reichsregierung wider. Emma Beckmann nannte den Schritt der Reichsregierung unvereinbar mit der Verfassung. Sie sprach von dem Verlangen nach einem Staat der Autorität, nicht aber der Gewalt.

Arbeitsministerium für erweiterte Arbeitsbeschaffung

Das Reichsamt hat in seiner gestrigen Sitzung, in der wirtschafts- und handelspolitische Fragen zur Verberingung standen, eine Vorlage des Arbeitsbeschaffungsausschusses über eine Erweiterung der Arbeitsbeschaffungstätigkeit beraten.

Die Reichsregierung hatte bisher die Mittel, 135 Millionen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung insgesamt zur Verfügung zu stellen. Demnach sollen 60 Millionen für den Straßenbau, 30 Millionen für den Verkehrsbau und 45 Millionen für Arbeitsstellen verwendet werden. Das Reichsamtentscheidungsamt fordert jetzt eine Erweiterung dieses Programms durch Bereitstellung von insgesamt 300 Millionen, da eine vollständige Entlastung des Arbeitsmarktes sonst nicht erreicht werden könne. Einzelheiten über die Aufteilung der gebildeten Beträge auf die verschiedenen Verwendungszwecke enthält die Vorlage nicht.

Die Vorberingung im Reichsamt hat lediglich informativ Charakter. Eine Entscheidung ist in keiner Weise gefasst, insbesondere auch nicht darüber, wie die zusätzlichen Mittel beschafft werden sollen. Der Gehalts der Prämien-Anleihe ist dabei wieder in die Debatte genommen worden. Eine Zinsangabe, wie manche Kreise heute wissen wollen, ist nicht beabsichtigt.

Zollkompromiß für Butter

Einigung zwischen Industrie und Landwirtschaft

Zwischen dem Deutschen Landwirtschaftsverband und dem Reichsverband der Industrie haben in den letzten Tagen Verhandlungen in der Butterfrage stattgefunden, die zu einer Annäherung zwischen den anverwandten Bändern und den Interessen der Exportindustrie geführt haben. Die neuen Abreden sind dem Reichsamtentscheidungsamt zugewendet worden und sollen veröffentlicht werden, wenn die Stellungnahme des Reichsministeriums vorliegt.

Materialgemäß wird auch in der Milchlektre der Weg einer schlichten Ausprägung der Interessenten hier begrüßt und es steht zu erwarten, daß die Steuerung des Butterzolls der heimischen Milchindustrie den notwendigen Schutz bringen wird, ohne daß die besten Runden unserer Fertigerwarenindustrie wie bisher ganz unangenehm vor dem Reich gelassen werden.

Voraussetzung wird ein möglicher, nicht prohibitiv wirkender Zoll in Verbindung mit protektionellen Anordnungen in je nach der Höhe der bisherigen Einfuhrungen auch für Holland und Dänemark der Art sein, den scharfen Kampf gegen deutsche Waren abzuklären, zumal die Möglichkeiten des englischen Marktes für diese Länder durch das Ergebnis der Empire-Konferenz in Ottawa wesentliche Änderungen erfahren können.

Abgeordneter Jäger von E.M.-Leuten schwer verletzt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG (PR.), 22. JULI

In Rendsburg wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Jäger, der in einer Vernehmung über das Thema „Kampf dem Faschismus“ gesprochen hatte, von Nationalsozialisten überfallen und mit Faustschlägen schwer verletzt. Der Reichstagsabgeordnete wurde niedergelassen, trotzdem neben ihm der Hauptmann der Gendarmerei ging, der noch während der Vernehmung alle Teilnehmer hatte nach Rufen durchrufen lassen. Einige der E.M.-Leute, die an dem Überfall beteiligt waren, wurden festgenommen.

„Note Fahne“ verboten

Die „Note Fahne“ ist auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli auf fünf Tage verboten worden. Sie war heute morgen, nachdem ein anderer Verbot den Druck übernommen hatte, wieder erschienen. Die erste Nummer wurde beschlagnahmt, weil darin zum Generalkriegsaufgebot wurde, — Die City-Druckerei, in der die „Note Fahne“ bisher gedruckt wurde, bleibt vollständig befreit.

Berlag und Schriftleitung des 8-Uhr-Abendblattes teilen uns mit dem gegen das 8-Uhr-Abendblatt ausgeprochenen Verbot folgendes mit: „Die Zeitung, die zu dem Verbot Anlaß gab, stellt lediglich eine Familienzeitschrift im Hause von Papen dar. Vater und Frau Papen sitzen am Abendbrotstisch, wobei Frau von Papen ihrem ebenfalls Gasten mit den Worten antwortet: „Was habt Ihr denn heute für Notizen bekommen bekommen.““ Damit war denn heute eine Verständlichmachung des Herrn Reichspräsidenten beabsichtigt. Es sollte lediglich ein harmloses Gespräch, wie es nach den Tagesgesprächen zwischen Eheleuten üblich ist, im Zusammenhang mit dem umgebenden Artikel illustriert werden.“

von Schließen gefordert

Am Freitag morgen starb in der Sollefischen Universitätsklinik der ehemalige Reichsfinanzminister von Schließen an den Folgen einer Embolie.

Schließen hat als Leiter der Staatseinnahme des Reichsfinanzministeriums den Reichsverband nach der Auflösung durchgeführt. 1925 wurde er zum Minister ernannt und hat die „Zentralbankpolitik“ durchgeführt, die damals nicht angefochten wurde. Bei dem Kampf um die Restitutionsfrage von Locarno folgte Schließen zusammen mit dem damaligen Reichsamtentscheidungsminister Reubens der Parole der Deutschnationalen Partei und schied aus dem Kabinett aus. Er wurde 1928 zum Präsidenten des Landesinnamts Magdeburg ernannt und war seit 1930 Vorsitzender des Direktors des Vereins der Deutschen Industrie.

Französisch-italienischer Zwischenfall

Tumult auf der interparlamentarischen Konferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 22. JULI

Ein in seinen Folgen noch unabsehbarer Zwischenfall ereignete sich heute vormittag in der Sitzung der 28. Konferenz der interparlamentarischen Union bei einer Rede des italienischen Delegierten Professore Colombo, an der der Universitäts-Rat öffentlichen Recht lehrte. Ganz ähnlich wie schon geltend der italienische Vizekonsulminister Salvo in der Abrüstungskonferenz sprach auch Colombo heute in der interparlamentarischen Union dauernd von der „faiditischen Regierung“, von dem „faiditischen Recht“ von dem „faiditischen Empfinden“ usw. Kurz, er ließ also keine Gelegenheit vorbeistehen, die Mehrheit der Konferenz durch faiditische Propaganda zu reizen.

Der französische Sozialist Renaudel, der nach Colomagna zu Worte kam, erwiderte zunächst ganz ruhig darauf, daß die unpopuläre Staatsverfassung mit internationalen Recht nichts zu tun haben sollte, und daß infolgedessen die Serwerbe eines besonderen faiditischen Rechtsempfindens, besonders in einer interparlamentarischen Konferenz, nicht am Platze sei. Darauf erwiderte Colomagna mit

einigen sehr kampfesfreudigen Sätzen, die er mit den Worten schloß: „Um Namen des Rechts und der Freiheit.“

„Die Stimmung löste sich beidseitig auf, als Renaudel darauf erwiderte: „Ihr führt ja das Recht nur im Munde, und wo keine Kontrolle durch die öffentliche Meinung möglich ist, gibt es weder Recht noch Freiheit.“

Ungeheurer Tumult bei der sehr zahlreichen italienischen Delegation. Viele Schritte gegen den Sozialismus und die französischen Sozialisten, aus deren Reihen Renaudel plötzlich den Italienern zuruft: „Nieder mit den Faschisten, den Märdern Matteotris.“ Die Antwort der Faschisten war: „Nieder mit Frankreich, das die Mörder schützt.“

Nachdem sich so beide Gruppen gegenseitig des Wortes und des Würdevortes beidseitig hatten, erklärte der französische Sozialist Gumbach, daß die französischen Delegationen nicht das Recht hätten, an einer Konferenz, an der internationalen Teilnehmern, die bis niemals gemildert worden, sondern lediglich ernannte Kreaturen sind.

Der Zwischenfall fand ein Echo im Sitzungssaal der Abrüstungskonferenz, aus dem sich General Balbo sowie die französischen Minister Herriot und Faïtaud und viele andere Delegierte erheben, um sich über den Vorfall zu unterrichten.

Warum Dollfuß unterschrieb

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 22. JULI

Im Christlichsozialen Klub sprach Bundeskanzler Dr. Dollfuß über die Gründe, die ihn dem Vorkauer Antiepothetprotoll aufhellen ließen. Er glaube, daß richtige nationale Politik darüber bestehe, das Vaterland über die gegenwärtige Krise hinwegzubringen.

Auf Grund des Genèver Protokolls, führte der Kanzler aus, hatte der Führerland bereits das Recht, wenn Österreich bis zum Juni 1936 den Antiepothetprotoll nicht teilte, einen Generalformier mit allen den zu weitgehenden Vollmachten, die man kennt, einzusetzen. Demgegenüber müßte festgehalten werden, daß der Vertreter des Vaterlandes auf Grund des Vorkauer Protokolls nur einen engumgrenzten Wirkungskreis hat, daß darüber hinaus das Vorkauer Protokoll die Einführung eines Generalformiers unmöglich macht, gegenüber 1922 als eine wesentliche Bezeichnung existiert worden ist.

Weiter schäuferte Dr. Dollfuß in bitteren Worten, was geschah, wenn Österreich die Anleihe nicht erhalten hätte. Die Desinfektion für Auslandsschulden wäre eine dauernde Einrichtung geworden, ohne daß es von den Zahlungsoverpflichtungen befreit würde. Die Garantieraten der Währungsanleihe von 1922 hätten einfließen den Anleiheidienst haben zu leisten, während aber Deckerweise mit diesen Beträgen belastet, und zwar zu einem 3/4 höheren Zinssatz. Daraus würde sich Deckerweise bis zum Jahre 1943 eine fast erhebliche Schuldenlast entstehen. „Wenn Österreich die Anleihe nicht erhalten hätte, dann müßten im Budget die von der Bank von England kurzfristig gezeichnet 100-Millionen-Schilling-Anleihe, ferner die im Inland aufgebracht kurzfristig 100 Millionen sowie eine schwedische Schuld der Bundesbank von 54 Millionen untergebracht werden, zusammen 254 Millionen. Selbst bei weitgehender Einführung könnte kaum dieser Fehlbetrag gedeckt werden. Man müßte zu neuen Kränkungen der Beamtenlöhne übergehen.“

Rehne man dagegen die Anleihe an, so werde eine Stärkung des Deutschen und Entlastung des Anleihepostens für den Nationalbank durch eine rasche Währung eintreten.

Mussolini auf der Weltwirtschaftskonferenz?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 22. JULI

„Am „Mottino“ wird behauptet, Mussolini werde als Außenminister an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen. „Don heute an“, so jagt das Blatt, „nimmt er teil an den Ereignissen, die über das künftige Schicksal der Welt entscheiden werden. Dies ist die wichtigste Bedeutung der von ihm gemachten ministeriellen Veränderungen.“

Der bisherige italienische Vizekonsul in Argentinien Baron De Gelli ist zum Botschafter Mussolinis im Auswärtigen Amt ernannt worden.

Papens Dank an Italien

Reichskanzler von Papen hat dem Vatikaner „Popolo d'Italia“ ein Interview gegeben, in dem er sich begeistert über die Gesinnungserklärungen des bisherigen Außenministers Dino Grandi äußert.

Das energische Eintreten Italiens für eine friedliche Revision des Versailler Vertrags gemeinsam mit dem Schlagwort „C'è un spunto!“ (Schwamm drüber), das Mussolini für die endgültige Heilung der Nachkriegsgefahren geschaffen habe, ist wichtiger für die Erkenntnis der geistlichen Lage Europas gemein, als Zugende von Protest und Forderungensteilen.

Zum Donau-Probleme sagte Papen: Die deutsche Regierung hätte eine dauernde Geländung der wirtschaftlichen Bedürfnisse im

Donauraum nur dann für möglich, wenn die großen Industrieländer Italien und Deutschland in einen gerechten Sanierungsprozeß einbezogen werden. Auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz werde die deutsche Regierung tatkraftig mitzuwirken, den internationalen Waren- und Kapitalverkehr vor seinen Zersplitterungsmaßnahmen zu beschützen. Vorläufe habe leider noch nicht den nötigen physikalischen Erfolg gebracht, weil die Erkenntnis für die Fortdauer der Zeit noch nicht bei allen Beteiligten fest genug war. Man müßte für die nächsten Monate bis zur Weltwirtschaftskonferenz auf eine reichliche Einfuhr der Waizen folgen, damit die Nationen im Ostteil wahren Friedens an den Wüstenpaar Europas herangehen können.

Die Abstimmungsmaschine arbeitet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 22. JULI

Die Hauptkommission der Abrüstungskonferenz brachte heute Nachmittag die Spezialdebatte über die einzelnen Punkte zu Ende, und am Nachmittag werden die angehängten Erklärungen zu der gesamten Resolution verlesen, wie sie nach dem Berichterstatter genannt wird, abgegeben werden.

An den umlaufenden Gerichten, wonach eine amerikanisch-englisch-französiche Konferenz unter Einwirkung Deutschlands stattfinden hätte, ist nur so viel wahr, daß der amerikanische Delegierte Wilson von dem deutschen Vizekonsul Rodolphi über die deutsche Stellungnahme gesprochen und ihn zu überreden versucht hat, er möge doch keine gänzlich negative Haltung zu der Bestimmung annehmen. Der britische Regierung war die Möglichkeit einer Herabsetzung ihrer stark abnehmenden Stellung betrogen.

In der Frage der Abschaffung der Tanks hatte die Sowjetdelegation einen Antrag auf Abschaffung und eines weiteren auf Fortführung der Tanks gestellt. Nach einer Privatbesprechung zwischen Litwinoff und Herriot zog der Moskauer Delegierte den zweiten Antrag zurück, was sich als ganz überflüssig erwies. Denn der erste Antrag wurde in gewöhnlicher Abstimmung mit 26 gegen 4 Stimmen abgelehnt und der Urtag aufrechterhalten, wonach einloch die Höchstmenge der Tanks begrenzt wird.

Das Kapitel chemischer Krieg wäre angefaßt der allgemeinen Uebereinstimmung trotz einiger Widerstände, wenn nicht der norwegische Delegierte Dr. Zwinge eine große Rede über die sehr wesentliche Frage gehalten hätte, warum auch die Gegner keine Verzicht auf eine Humanisierung des Krieges, die sie für unmöglich halten, gleichwohl für die qualitative Verbrüderung und für die Abschaffung der Angriffswaffen eintreten. Diese Befreiung der schweren Angriffsmittel ist nämlich ein Schritt, um den Krieg überhaupt unmöglich zu machen, und deshalb müßte auch der Krieg das gefährlichste Angriffsmittel, der Krieg mit chemischen, bakteriologischen und Brandwaffen unmöglich gemacht werden.

Die Einführung eines Kontrollsystems erforderte neben dem Reden des internationalen Kontrolle noch die nationale Kontrolle durch Presse, Arbeitervereine usw. treten müßte, die sogar viel wirksamer sein würde als jede internationale Kontrolle.

Für die zweite Sitzung der Konferenz wünschigen Ungarn, die Türkei und Dänemark Zugabe anderer Staaten zu den Sitzungen des Büros, was aber auf Antrag von Weich wegen der raschen Betätigung des Büros abgelehnt wurde.

Auch die Abschlüsse über die Budgetentlastung und die private Haftensituation sowie die Verberingung der politischen Rechte auf die amerikanische Seite, die die Annahme der Rechte fast ohne Gegenpartei erledigt, zumal für zwei Verbesserungsmaßnahmen enthalten.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Die kämpfende Oper

Theatertournee durch das Reich

Von

H. H. STUCKENSCHMIDT

Am deutschen Theaterleben vollzieht sich diesen Sommer ein Regime- und Personalwechsel von ungeheuren Dimensionen. Er beginnt bei den Intendantenstellen, die an einem Dutzend größerer Theater noch besetzt werden, und führt über Kapellmeister, Regisseure und prominente Darsteller bis zu den Choren. In den meisten Fällen hatte die Kündigung wirtschaftliche Gründe; der Intendant hat sich „aufgebunden“, zu den neuen, durch den Abbau geschaffenen Bedingungen den Betrieb auf der gewohnten künstlerischen Höhe zu halten, der aber nur durch fünfzigprozentige Reduzierung der Besatzung in seiner Höhe gestützt, daß er Entlassung forderte, heimlich hoffend, man werde ihn zu günstigeren Bedingungen halten. Das geschah nicht, und so kam es, daß gegen Ende der Spielzeit eine ungewöhnliche Auswahl qualifizierter Kräfte frei wurde, willkommene Gelegenheit für die neuen Herren der Provinzbühnen, das Ensemble passend zu ergänzen. Durch die enorme Anspannung des Etats mußte man vielfach zu dem sozial grauenhaft, aber künstlerisch gerechtfertigten Mittel greifen, überlästete Kräfte, die seit Jahren nur aus Gnade gehalten wurden, zu entlassen oder zu pensionieren. Dadurch entfielen Beträge für den Nachwuchs, das Personal erfährt eine Verjüngung, die sich betriebsmäßig und qualitativ nur ersättigen auswirken kann. Eine Bühne wie das Münchener Staatstheater, von einem überlebensfähigem patriarchalen System zahlreichen ehemaligen Stars, die allererstes geschäftliche, heute meist auch nobilitäres Verhängnis. Der gleichzeitige Paul Becker, vorbildlich als Reformator des Spielplans, hat sie in fünf Jahren nicht durchziehen können. Berg-Christ, der als sein Nachfolger berufen wurde, scheint gewillt, hinein ganze Arbeit zu leisten. Er bringt aus Kassel seine engsten Mitarbeiter, den hochqualifizierten Kapellmeister Abvonnell, den bewährten Bühnenbildner Schend u. Trapp und den Regisseur Friedrich mit.

Sein Nachfolger, Edgar Kliff, bisher Intendant des Mainzer Stadttheaters, wird in Kassel nichts zu sagen haben. Er steht vor der äußerst schwierigen Aufgabe, sich einen ersten Kapellmeister, einen neuen Bühnenbildner und einige Ergänzungen des Personals zu verschaffen. Vor allem aber ist sein Etat gegenüber dem Vorjahr auf die Hälfte geteilt.

Das muß man dem preußischen Staat lassen: er hat seine Bühnen fast ausschließlich subventioniert! Man fürchtlich vielleicht; denn nun rächt sich die Not an diesen Theatern doppelt grauam. Bekanntheit hat Preußen seine Hand von den Betrieben Kassel und Wiesbaden zurückgezogen; als lurcheliche und nationalfeindliche Landestheater werden die Häuser weiterbetrieben — doch, um wieviel schmerzlicher! Wir wollen uns die Darstellung, wie in Zukunft der Zufall zusammenschließt, ersparen; das ist eine mathematische Abzürrentenaufgabe. Bedenklich wird uns auf die unangenehmen Endziffern. Kassel hatte bisher (für ein Haus, allerdings mit gemäßigtem Spielplan) die enorme Summe von rund 1,8 Millionen; es wird in Zukunft, laut Voranschlag, mit etwa 850 000 Mark wirtschaften müssen. In Wiesbaden betrug die Subvention über 2 Millionen (für zwei Häuser); sie ist im neuen Plan auf knapp eine herabgesetzt.

Diese früheren Summen erscheinen zunächst unvorstellbar (und ungerechtfertigt) hoch; man muß aber berücksichtigen, daß meistens die Person en besameter Mitglieder darin eingerechnet sind — von nun an werden nur noch sogenannte „Materiale“ gezahlt — und zweitens die Theater seit einigen Jahren keine große Popularität mehr genossen. Es gibt eben kein in einer Stadt mit so viel Kapital überfließt, wie Kassel mit noch weniger, die zum Glück nicht in einen Platz im ersten Rang ausgeben wollten; die Eintrittspreise sind viel zu hoch, im Durchschnitt fast um das Doppelte. Auch hierin wird man gründlich reformieren müssen, damit diese Institute zu wirklichen „Landestheatern“ werden, d. h. zu Stätten wahrer sozialer Kunstpflege.

Sollen wir dagegen die Situation dreier Theater, die schon neuer „Landeshauptstädte“ waren, die „Verlegung“ oder Stadttheater mit einem Zufuß, der vom ganzen Bundesland aufgebracht werden muß. Etwa die Institute in Darmstadt, Stuttgart und Mannheim. Hier war man schon in normalen Zeiten geneigt, Isolation zu wertschätzen, die Subvention überließ im allgemeinen nicht die Hälfte des Gesamtbudgets. Infolge dessen wies ich hier die Sparvorrichtungen der letzten Spielzeit (Schnödenberg) nicht so hart aus, sondern gab es auch da wertvolle Hilfen. Gebaltsreduktionen bis zu 45 v. H. Aber diese Maßnahmen gehen mehr auf Konto der energisch geleiteten Eintritts- und Abonnementspreise.

In Darmstadt u. M. ist der Zufuß von 1,4 Millionen (für zwei Häuser) nur auf 1,1 Millionen herabgesetzt worden, noch dazu laut Voranschlag, der bekanntlich immer etwas übertrieben wird. Aber das hat aber, um den Betrag von 900 000 Markanteile, bei 90 000 Einwohnern halten zu können, die Preise ganz erheblich gedrückt, so daß heute der teuerste Platz 6 Mark kostet.

Ähnlich ist die Situation in Mannheim, so aber zu dem großen Abnehmen hat die enorme Abonnentenliste des vorbildlich organisierten lokalen Bühnenvolksbundes

tritt, und, als besten Unterhaltungsbeitrag, die „Lustspieltheatergemeinschaft“, die mit Schiller- und Jugendtheatervorstellungen ungeheure Erfolge aufzuweisen hat. Diese sehr moderne Idee, die allerdings nur in größeren Städten empfehlenswert und durchführbar ist, wird dem Theater selbst und seinem Intendanten Seibert Walch mit großer Konsequenz verfochten.

Stuttgart ist heute eine der reichsten deutschen Städte; auch sein Theater hat, besonders im letzten Jahr, weniger von der Not zu spüren bekommen, als andere Institute. Die Generalintendantin mußte sich schon vor mehreren Jahren auf den reduzierten Zufuß von 1,2 Millionen umstellen, der nun nicht mehr wertvoll herabgesetzt werden soll.

Am schwersten ist die Lage der städtischen Theater. Es waren von je nicht übermäßig hoch subventioniert und haben unter der Finanznot ihrer Gemeinden unmittelbar zu leiden. Abgesehen von Frankfurt, wo die Zufußhöhe noch im Vorjahr die ungewöhnliche Höhe von 2,2 Millionen (für zwei Häuser) hatten, im nächsten Jahr aber auch auf 1,4 bis 1,7 gekürzt werden sollen, gibt es nicht viele Städte, die mehr als eine Million für ihre Bühnen ausgeben. Magdeburg hatte für drei Häuser mit insgesamt 410 Personen 900 000 Mark übrig; die Summe für das kommende Jahr steht noch nicht endgültig fest. Ebenfalls fast trotzgesetzt wegen das Ensemble nicht mehr ganzjährig angeheuert; man hat hier den Ausweg einer neuromantischen Spielzeit mit ungeschlagenen Urlaubsmotiven gefunden, der sich auf die Illustrierten Vorbilder der Jean-Baptiste Molière-Opern und des italienischen Stagnosystems berufen kann. Ähnlich verfährt man schon seit 1930 in Mainz, wo das Personal acht Monate spielt und einen Monat bezahlten Urlaub bekommt. Ein Versuch der Mitglieder, nach offiziellem Schluß des Hauses auf eigene Faust Operette und Schwänke

zu spielen, steht noch in den Anfängen. Uebrigens hat es Intendant Rittig richtig gehabt, mit dem nächst geringen Zufuß von 530 000 Mark einen sehr ansehnlichen gemäßigten Spielplan aufzubauen.

Nicht viel größer ist die Subventionssumme des Freiburger Staatstheaters (übrigens einer der ältesten läublichen Bühnen Deutschlands); hier hat Intendant Krüger, um den Etat zu heilen, zu dem ungewöhnlichen Mittel gegriffen, den Spielplan mit Varieté- und Serien zu durchsetzen — selbstverständlich nur während der Sommermonate.

Eine besonders wichtige Frage in der Diskussion um die Größe der deutschen Provinztheater ist die Subvention durch die Operette. Die vergangene Spielzeit war in dieser Hinsicht ein Glücksjahr; sie brachte mit dem „Weihen Rößl“ fast allen kleineren Bühnen Gewinnerfolge von ungeheuren Dimensionen. Leipzig spielte den Schwanz in zwei Serien von je vierzig Aufführungen, Frankfurt am Main und Stuttgart luden man Besuchererfolge, und selbst der prinzipielle Gegner des Operettenspiels an gemeinlichen Bühnen, Paul Becker, hatte nicht das Herz, seinem Wiesbadener Theater diese Goldquelle zu verschließen. So kann man ohne Uebertreibung sagen: das „Weihen Rößl“ hat in diesem Frühjahr die deutsche Provinzbühne gerettet; seine Publikumserfolge machten das floue Geschäft einigermaßen rentabel.

Ich das Prinzip, das behälter steht, richtig? Darf man die von der öffentlichen Hand subventionierten Bühnen dazu benutzen, Operettengeschäfte zu machen? Diese Frage ist brennend, sie bedarf schleuniger Lösung. Aber sie greift ins künstlerische, ideale Gebiet über. Und das möchten wir uns für einen zweiten Aufsatz vorbehalten.

Der Mann, der tot war | Friedrich Griese

Von

Friedrich Griese

Es klopfte, die Tür wurde geöffnet, und es kam ein Mann herein, der Mann, von dem erzählt werden soll.

Wir hatten uns in vielen Jahren nicht richtig gesehen, obwohl wir beide in derselben Stadt wohnten; ich rechnete schnell nach; jedes Jahr mochten er bei sein. Es war annehmend schon vorher mit dieser Berechnung fertig gewesen, merkte, daß ich mich noch damit beschäftigte, und sagte: „Es ist fast keine Jahre her.“

„Sieben Jahre“, sagte ich erleichtert, „wie doch die Zeit vergeht.“ Ich wollte schnell streich und Absolution mit ihm ziehen, hatte aber plötzlich im Kopf, daß das alles noch weiter zurückfiel, und jedenfalls waren wir nun über die ersten Minuten hinweg. Er setzte sich, wir betrachteten schnell einander in dem, was wir inzwischen erlebt hatten, dies und das, nichts Besonderes, aber ich hatte es schwer gehabt, er hatte es schwer gehabt; wie ich jedoch auswies, lebten wir beide in Hoffnung. Gut und schön, so weit waren wir nun, und alles war in Ordnung. „Was treibst du jetzt?“ sagte ich ihm.

„Es zeigst ich, daß er noch allerlei Festlichkeiten einen handfelen Versuch ergreifen sollte. „Auch du?“ sagte er, „du bist ja ein bekannter Mann geworden.“

„Ich mußte ihm sagen, daß das auf Täuschung beruhe. In der einen Welt sei ich ein Mann des Schreitbüchens, der Bilder mache, und es dabei mit dem deutschen Feiler zu tun habe, vielmehr nicht mit ihm. „Um ändern bin ich Lehrer in dieser Stadt“, sagte ich, „habe täglich mehr als vierzig Jungen vor mir, prächtige Jungen, vierdes Grundschuljahr, wenn sie lieben, tun sie es, und wenn sie zornig sind, sind sie es vom Grund der Seele. Es sind viele Kinder armer Leute darunter, Arbeiterkinder, die Eltern mobnen am Rande und noch weiter außerhalb der Stadt, man hat ihnen nach dem Krieg ein Haus gebaut, einen Stall, aber weiß der Himmel, die sie gut, obwohl sie eigentlich gar keine zu haben Väter haben, wird es doch nichts Rechtes mit ihnen. Deren Jungen also kommen täglich zu mir, und bei denen bin ich allerdings ein bekannter Mann.“

Schwermut. Ich darauf stellte ich heraus, daß er mit einem Augenblick zu mir gekommen war. In diesem Augenblick mußte ich ganz deutlich, daß ich bei keinem Erfinden etwas wie Verätzung empfunden hatte, ein Erfinden, eine bunte Mischung war es gewesen, ohne daß ich hätte sagen können, was es damit auf sich hatte.

„Du bist natürlich dann gefahren“, sagte er, „vor einem Jahr ungefähr.“ Und er sah mich ziemlich flehentlich an, um ihm meinerseits zu helfen, sagte ich frei von der Leber weg: „Als ich dich vorher sah, war ich erschrocken.“

„Siehst du?“ antwortete er. Und dann fügte er hinzu: „Die verdammte Weide.“

„Nun trübt ich in meiner Erinnerung ein Zeitungsbericht, er lief aber gleichsam noch durch die Weide, immer wieder zurück und wollte mir nicht zur Hand kommen. „Es fand nur der Anfangsbuchstabe meines Namens in der Zeitung“, sagte er, „natürlich halt zu die Sache gefahren. Und weil ich mich nun verzeihen will, möchte ich meiner Frau wegen, daß meine Bekannten in dieser Stadt mich nicht in einem falschen Licht sehen.“ Und er sagte noch einmal: „Die verdammte Weide da oben.“

„Ein tolles Stück Eilen“, sagte ich, „ich habe neulich wieder einmal darauf gefunden, als ich...“

mit Schnee und Regen beakten, in den letzten Märztagen, bu weißt ja. Der Wind faulte im Gefolge, heulte und trompetete darin, er schlug einem das Eilen sojageln um die Ohren, und wenn man von einem Gefang des Windes sprechen will, dann war dies meilenlang ein ertöndlicher.“

„Ich habe das an jenem Abend doch auch erlebt.“

„Und im vorigen Herbst war ich einmal dort, da hat es mich gehörig gepakt. Ein Zimmer leigte sich in den Kanal (schien ja dann.“

„Ach Gott, ja, die Zeitungen“, antwortete er.

„Ich mußte zuerst gar nicht, das da vor sich ging. Ein paar Jungen saulen auf Fahrrädern neben dem Kanal her, und als ich mich richtig umfah, nahm ich dann ja auch den armen Flüchtling wahr. Er wollte wieder in das Meer, aus dem er gekommen war, aber das war unmöglich. Als zu den Schienen gelangte er, da hindurch ging es ja nicht, und wenn er sich nicht umfah, dann war er doch stets dem Meer geweiht. So bewegte er sich denn vorwärts, hob in den bestimmten Abständen Kopf und Rücken aus dem Wasser, tauchte wieder, aber man wußte ja, daß er wieder erpotommen mußte. Drei Tage haben sie den armen Zeuf gefügt, dann war es vorbei, er erlitt keinen Tod, und dann stellte man ihn obendrin in einem Zustufungsstol aus. Ich bin nicht hingekommen, ich hatte genug von der einen Stunde. Noch jetzt geht ich ihm, wie er in dem Kanalwasser aufkommt, den Kopf ein wenig hoch und langsam und wie in einer unglücklichen Traurigkeit immer wieder untertaucht.“

„Übermals Schweigen.“ Und dann hob er nur einigen Wochen eine Geschichte, eine aus dem täglichen Tag, sie stand auch in der Zeitung. Die Weide war nämlich eine Zeitlang eine richtige Selbstmörderbeide.“

„Ich weiß es“, antwortete er, „ich bin doch eigentlich ein toter Mann, wie ich hier liege. Ich bin doch der, der damals in den Kanal sprang und lebendig wieder herauskam.“

„Man muß diese Weide kennen.“ Ich schweigst ich so hoch über den Kanal, den Hoch-Dies-Kanal, daß man, wenn man oben steht, immer in Verführung ist, seinen Fuß hinunterzuwerfen, um zu sehen, ob er, unten angekommen, wohl größer sein wird als der Holzspanner, der gerade da unten fährt. Die Vogerkschuppen auf der linken Seite des Kanals treten sich, die sie fast flach sind, und wer auf das Wasser blickt, fühlt einen seltsam widerlichen Druck auf den Magen. Wenn Lebewesen hinunterfällt, und man sieht es später wieder, ist es immer die Weide, eine ein, möglicherweise ein Biber, der so hoch, vor einem Jahr ungefähr, den großen Strach, der so viele oberirdische Leute um die Ertrinken brachte, anfängliche Bürger, Kaufleute, Sandweber, kleine Beamte“, sagt er und sieht mich eindringlich an; „es war ein bunterartiges Unternehmen, mit dem Unterfisch, daß sie selber wünschentlich das Weid einjagen. Diese Aufgabe hatte ich; denn ich war in dem unterirdischen angeheilt. Ich ging zu den Leuten, sammelte die Weide ein, machte Jahresmal, die Biber fisch und lieferte das Weid ab. Alles war in Ordnung, bis der große Strach kam, da zeigte sich, daß kein Feind vorhanden war.“

„Anwässern sind ja schon wieder einige andere Dinge geschehen.“

„Ja, aber damals war es wie der Untergang der Welt für mich. Denn sollte dir vor, ich sollte nur Gerächt, ich, der

Wolkenbruch über Berlins Westen

Die Feuerwehr mußte 75mal ausrücken

Heute früh ließ zwischen 7 und 7 Uhr ein Wolkenbruch über Berlin ein, der besonders im Westen der Stadt beträchtliche Ausmaße annahm, daß die dort Feuerwehrrunden Charlottenburgs anständig 75mal alarmiert werden mußten. Dieser Wolkenbruch hielt in dieser Gegend bis 10 Uhr an. Die Regenfluten überfluteten Straßen, rissen Bürgersteige auf, drangen in Keller und verursachten Wassererschütterungen.

Am schwersten wurde der Spanbauer Berg und die ihn kreuzenden Straßen betroffen. Dort konnten die Wasserkräfte nicht mehr die Wasserengen fassen, und aus acht Schichten fließen plötzlich fast zwei Meter hohe Wasserfälle empor. Am Spanbauer Berg schloß das Wasser zu einer Höhe von einem halben Meter an und wühlte sich wie ein reißender Fluß die Straße hinab. Dort brachen Teile der Bürgersteige auf, und mit den Regenfluten wurden Mengen von Wassersteinen mitgerissen. Kein Fahrzeug und kein Fußgänger konnte den Spanbauer Berg von der Kreuzung der Sophie-Charlotten-Straße ab mehr bewegen. Am Friedrichsplatz mußten die letzten Baumstämme durch die Bodenmacht aufgehoben werden, fand das Wasser so hoch, daß es den Becksteinen nicht möglich war, ihre Einlässe zu beschließen. In der Laubentaleise Elisabeth an der Anseladorfstraße, nahe der Sophienkirche, erreichte das Wasser eine Höhe von 1 1/2 Meter.

Vor dem Kauf Grünmannstraße 29 wurde gleichzeitig der Damm durch Überflutung eines Wasserbades bis zu einem halben Meter überflutet. Außerdem mußten die Gassen der Feuerwehr fortgesetzt auszuweichen, und die überfluteten Straßen auszuräumen. Eine besondere Gefahr bestand bei der Überflutung im Keller des Hauses Rurichsland 216. Dort befindet sich eine Umformierung der Elektrizitätswerke. Hier mußte die Motorleitung für anderthalb Stunden unterbrochen, um das Wasser aus dem Raum zu pumpten.

Zahlreiche Feuerwehrrunden fuhren nach der Umland-, Großmann-, Sardenberg-, Anseladorf-, Schiller-, Wöhrer, Wietze-, Rantal- und Köpenick-Elisabeth-Straße, um die Regenfluten, die in Keller und Kellerwohnungen anzuheben waren, zu beseitigen. Am den 1. Bahnhof Umlandstraße war das Wasser so hoch angestiegen, daß das Publikum nur mit Mühe zum Hofsteig hinunter und noch dort wieder auf die Straße hinauf gelangen konnte.

Außerdem war es den Wagen der Dombuslinien A 1, A 2 und A 12 nicht möglich, von der Umlandstraße aus auf dem rechten Fahrdamm nach der Gieselerstraße zu fahren, da die Regenfluten zwischen der Umland- und der Follenstraße zu hoch angestiegen waren. Sie mußten daher in der Zeit von 8.10 Uhr bis 8.45 Uhr auf dem linken Fahrdamm verkehren.

Wendehäufige Anhaltstraße

Weber die unendliche Maßnahme der Stadt Berlin, die in den letzten Jahren Aufnahmefähigkeit zu zeigen, das manne Zeders ergebe, ist ihn jedoch nicht zufrieden zu sein, ohne daß es die zukünftigen Jahre für notwendig hielten. In dem Bereich dieser unendlichen Straßenlage ein schärferes Tempo der Wendehäufigkeit zu zeigen, ist seine Entscheidung. Die zum mindesten sollte verläßt werden, an den Hauptverkehrsstraßen umgeben ein Wasser herzustellen, das die Bewohner Berlins bei einem Wetter, wie es heute vormittag war, nicht in Lebensgefahr bringt.

Wunderschöne ist das Glück Anhaltstraße von der Straßenbahn bis zur Büchsenstraße. Autobusse und Postwagen rutschen im trauten Verein mit Autodroschen und Privatwagen hin und her, als ob sich alles auf dem Zuseherfeld im Zumporf abspielte. Selbst Straßenbahn nicht hier nichts, und immer wieder war man Menge von Unfällen, die sich ereigneten. Das gleiche gilt für die südliche der Gieselerstraße, wo sofort bei Regen ein Unfall verdrängen müßte. Will denn die Stadt Berlin in der Ausdehnung des gegen die angelegten Schienenfahrpläne erforschen, denn, wenn er gegen sie ausfällt, sicherlich ein ganzer Wattenkamm, folgen wird?

*

Auch im Reich, besonders in Süddeutschland, wurden Meeresbäder, Bäder durch schwerer Wolkenbruch, bringend. In der Gegend von Stuttgart bei Nürnberg gibt ein Hundstammes Mutter nieder, das die Säuler in den Dörfchen metersch unter Wasser ließen. Die Feldfrüchte und Kartoffeln wurden von den Wasserfluten fortgeschwemmt.

Gegen die Diktatur!

Dr. Eiders, Dr. Reinhold, Dr. Goppel sprechen am Montag, dem 25. d. M., abends 8 Uhr, in öffentlicher Rundung gegen größte Diktatur, Büttnerstraße, Spandauer, 2. Gegen die Diktatur! Für einen Volksstaat! Am Sonntag wird ein Unkostenbuch in Höhe von 30 Pfg. erhoben. Eintrittskarten sind erhältlich bei allen Ortsgruppen der Deutschen Staatspartei und in der Goldstraße Berlin SW 11, Bernauer Str. 18, III. Die Deutsche Staatspartei Schönbörner veranfaßt am Dienstag, dem 26. d. M., abends 8 Uhr, im Bürgerklub am Bahnhof Schönbörner eine öffentliche Rundung mit Reichsminister a. D. Dr. Reinhold als Redner.

Für den Sonntag: „1000 Wege um Berlin“

Teil I, das Rutenbuch zeigt die Umgebung mit Aufstiegsstellen, Schwermundstellen, Wälder- und Fußbahnen auf über 60 Seiten Seite 1.80 Mark. Teil II, der Wanderführer, befindet sich 50 der schönsten Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung (90 Seiten). Überall zu haben.

Die Untersuchung gegen den „Industrie-Kurier“

Anfangs der außerordentlichen Bedeutung, die dem Erpressungsfall „Industrie-Kurier“ zukommt, hat der Untersuchungsrichter den Professor für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin, Dr. Postma, als Sachverständigen hinzugezogen.

Noch keine Mietsbeihilfen im August.

Die Stadt Berlin hat jetzt direkt beim Oberpräsidenten den Antrag gestellt, den Berliner Hausbesitzer noch einmal eine Summe für den

Monat August zur Niederlegung der Hausinspektoren für bedürftige Mieter zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Anträge, die bei den Berliner Wohlfahrtsämtern auf Zahlung von Mietsbeihilfen an Stelle der durch Mietserhöhung beliebigen Erhöhung von der Hausinspektoren eingegangen sind, ist groß, doch ist es seinen Zielen das Material nicht vollständig. In diesem Monat können die Anträge trotz Befähigung von Mietsbeihilfen nicht mehr erledigt werden. Da die Mieter ultimo schon die neue Werte zahlen müssen, ist eine schnelle Erledigung der künftigen Angelegenheit dringend notwendig. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Gronau's dritter Oceanflug

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WESTERLAND, 22. JULI

Der deutsche Oceanflieger Wolfgang von Gronau, Direktor der Reichsflieger-Vereinigung, ist heute vormittag um 11 Uhr von Ost auf Ost zu seinem dritten Flug über den Nordatlantik am Gelingen. Die erste Etappe wird ihn bis Island führen, von wo aus die Route über Grönland nach Nordamerika geht.

*

Die Flüge von Gronau gestalten sich dadurch aus, daß sie, gründlich bis in alle Einzelheiten vorbereitet, wertvolle Unterlagen für einen späteren Transatlantischen Vorüberflug darstellen. Die Belagung ist diesmal mit Ausnahme des Piloten Zimmers, der Orkanzeit in Sturmen die gleiche wie bei den früheren Flügen. Am Simmers Ziel ist der Flugzeugführer Ort von Roth getreten.

Pokal und Flaggen

Ausstellung von Sport-Trophäen

Das Kaufhaus des Hofens will mit der Sportpreisenstellung, die S. G. Albrecht aufgebaut hat, einmal zeigen, wie die Auszeichnungen aussehen, die unter bekanntesten und erfolgreichsten Sportler für ihre Leistungen bekommen. Die Preisenstellung ist unter der Leitung des Hofens, der die Ehrentrophäen, die über die deutsche Krönung Königin überreichte, E. H. Behrens Preis sind zu sehen. Erinnerungen an den ersten Atlantikflug Ost-West auf der „Aerona“ 1926 finden sich auf Hauptmann Köhls Ausstellungsraum. Den Ankeren an Treibern zu einem ist eine andere Gebe gewahrt. Unter Tennismeister Brenz hat eine Auswahl feiner Siegertröphäen gestellt. Die großen deutschen Sportvereine sind mit ihren Diplomen und Pokalen vertreten. Interessant ist ferner die Zusammenstellung der Preise, die der Reichspräsident, die Ministerien und die Reichsregierung, aus dem Rahmen dieser Ausstellung hebt sich eine kleine kulturgeschichtliche Sammlung heraus, die dem deutschen Olympiasieger im Eistanzlauf, dem Schweden Villes Grafström, gehört. Grafström hat

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTFÜHRER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Unsere Olympiakämpfer am Ziel

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LOS ANGELES, 22. JULI

Nach der über 4000 Km. weiten Reise quer durch den Amerikanischen Kontinent ist die deutsche Olympia-Mannschaft am Donnerstag in Los Angeles eingetroffen. Schon in San Bernardino wurde die Olympiakämpfer von dem deutschen Konsul in Los Angeles, Dr. Strauß, herzlich begrüßt, der seinen Verbindungen bis dahin entgegengekommen war. Dr. Strauß hingegen war der Expedition im Flugzeug vorausgefahren, um in der Olympiastadt alles vorzubereiten.

Als die Deutschen in Los Angeles eintrafen, herrschte auf den Hauptstraßen ein geradezu beängstigendes Gedränge. Zahlreiche Zuschauer strömten zum Bahnhof und empfingen sie mit großem Jubel. Unter Führung der olympischen Hauptkapelle ging es mit 200 Autos im Triumphzug durch die haaggeschmückte Stadt zum Rathaus, wo die deutsche Expedition vom Bürgermeister offiziell empfangen wurde. Anschließend ging es in die Quartiere im Olympiastadion, wo beim Eröffnen der Deutschen feierlich die deutsche Fahne hochgezogen wurde. Auch der Marzschallführer der Deuna geleitete sich durch den Olympiastadion und sah ins Olympiastadion.

Der Vorbesuch hat alle Erwartungen übertraffen, denn es sind bereits 1 400 000 Karten umgelegt worden.

Letzte Rettung: Die Musketiere

Cochet, Lacoste, Borotra, Brugnon zu Davispokal

Eine Woche nach dem Interzonalfinale zwischen Deutschland und Amerika folgt in Paris die Herausforderung zum Davis-Pokal. Frankreich als Besitzer der Trophäe hat jetzt keine Mannschaft nominiert und noch einmal die vier Musketiere aufgezogen, Cochet, Lacoste, Borotra und Brugnon, die auch heute nicht aus dem Turnier übergehen. Ammerich hat die „Zauberer von Lyon“ in den letzten Wochen viel mehr geholt, und so kann Frankreich schon auf ihn vertrauen. Bielefeld tritt

alles gemeldet, was auf die Geschichte des Schiffschuldenausfalls und die Enttarnung des Schiffschulden aus hat: Berglanten, schöne alte Götter, holländische Pracht und lustige Skatellen. Die Sportpreisenstellung soll dort durch Beibehaltung einiger Sportvereine, durch die Zusammenstellung der Automobilen sowie durch den Verkauf von Autos, und wenn möglich, auch durch die Ausgestaltung, die sich durch Sammlung ergibt hat, vertritt.

Gefängnis gegen die

Luther-Attentäter beauftragt

Am Prozeß gegen die Luther-Attentäter Dr. Roosen und Kerstner hielt Oberstaatsanwalt S. L. P. M. in der heutigen Verhandlung die Strafverfolgung der beauftragten wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Vergehens gegen die Meinungsäußerung und unehrlicher Veröffentlichung gegen Dr. Roosen 3 Jahre Gefängnis und gegen Kerstner 2 Jahre 3 Monate Gefängnis.

Die Art des Auftretens der Angeklagten, so führte der Oberstaatsanwalt aus, habe gezeigt, daß es ihnen in der Tat auf die Durchführung des Prozesses ankommt, in dem sie sich ausschließlich über ihre Währungspläne äußern wollten. Die Tat selbst ist länger denn vorbereitet gewesen. Bei dem Strafmaß ist zu berücksichtigen, daß die Vernehmung der Reichsbankpräsident Dr. Luther erlitt, nur leichter Straftäter war. Die Angeklagten aber seien gleich hochschulende Menschen, die ganz genau wußten, was sie taten. Solange wir in einem Rechtsstaat leben, ist kein Raum für eine Geltungsmachung vernünftiger Rechte mit Waffengewalt.

In dem gleichen Sinne äußerte sich der Vertreter des Reichsanwaltes Dr. Luther, Rechtsanwalt W. F. R. D., der mitteilte, daß bei der Rechtskraft seit dem Juli 1931 über 1000 000 000 gemünzte Reichsmark ausgegeben wurden und geprüft worden seien. Die Angeklagten hätten sich aus grüblerischer Eitelkeit zu ihrer Tat entschlossen.

Die Verteidiger der Angeklagten vertreten den Standpunkt, daß Roosen und Kerstner sich in einem überlegenen Notstand befanden, aus dem heraus für ihre Tat begangen.

Die Schiefererei in Siemensstadt. Wegen der Nationalsozialistischen German und elf weitere Mitglieder der D. S. M. B., die wegen der blutigen Ausreitungen in Siemensstadt, bei denen zwei Kommunisten getötet wurden, verhaftet worden sind, hat die Staatsanwaltschaft III jetzt Verurteilung beantragt. Diese Verurteilung wird gegen Hermann gegen Verhaftung in zwei, verurteilt und wegen Verhaftung, gegen zwei anderen Verurteilung und wegen Verhaftung, gegen die anderen wegen Landesverrats verurteilt.

Am Finsterbarn abgestürzt. Beim Versuch, von der Finsterbarnhöhe aus das Finsterbarn zu besteigen, führte der Amortisationsrat W. H. W. H. ein Mannchen in eine tiefe Schlucht. Die beiden Begleiter waren dabei nicht zu befreien. Der Hintermann, der zur Unterstützung herbeigeholt wurde, befürchtete, daß der Verunglückte tot ist und daß seine Leiche schwerlich geborgen werden kann. Eine Rettungsaktion zum Aufsuchen des Verunglückten ist deshalb nicht in gleicher Weise möglich. Die beiden Begleiter unternehmen wollen, die damals beide tödlich verunglückt.

Im Krauttempo durch Berlin

Das große Werbeschwimmfest morgen 17 Uhr

Morgen 17 Uhr erfolgt an der Rurichslandstraße, unmittelbar neben dem Berliner Schloß, der Start zum großen Schwimmen „Durch die Berge“. Es führt, wie in den Jahren vorher, über den etwas verlängerten Sturz von 5000 Meter und endet an der Danfahle in Charlottenburg, wo wieder vor Anlauf der „Durch-durch“-Schwimmer lustige Spiele und Einlagen vorgeführt werden. Die auswärtigen Teilnehmer sind schon fast alle in Berlin eingetroffen. Der Schwabe Carlsson feierte gestern bereits in Mariendorf und verriet dabei ein glänzendes Form.

Der Clou des Schwimmens verdrängt diesmal die große 25-Mann-Staffel um den Wandpreis der „Berliner Morgenpost“ zu werden, in welcher die vier Berliner Vereine Polizeisport, Polizei Schwimmklub-Bspg. Berlin einen sehr schweren Stand gegen W. A. B. C. 96 und W. S. F. 100 in Leipzig haben werden.

Außerdem sind die Teilnehmer der Herren Vereine, die zwischen Wolke- und Lutherstraße beginnt und nicht ganz über 2000 Meter führt. Auch hier ist der Anstieg der Vereine überaus hart, und es wird zu feine interaktiven Kämpfe kommen. Auch hier die Ziele sind für 50 Pfg. (Stehplätze) und 1 Mark (Stehplätze) in allen Wägen-Plätzen zu haben.

Schwarz gegen Titel-Dresden.

Zum Fünften des Wandpreiskampfes Schwarz-Beisler 1900 wird heute 20 Uhr von dem Sportplatz der Ober- und Unter-Elbe der harte Schwaben-Schwabenklub Schwarz gegen den Dresdener St. Ant. angetreten, der im Sportplatz gegen den englischen Polizeimeister Titmus einen hervorragenden Kampf lieferte, in den Olympia-Wandpreiskampfe nachher, weil er nach einer ersten Erfolgserfolge nur an Rohlfans-Wandpreisen, dem späteren deutschen Olympiavertreter, Heitric, Schwarz hat gegen diesen schiedlos, ausdauernden Sieger laufen Chancen.

HOPPEGARTEN

Sonntabend, 23. Juli, 15 1/2 Uhr
1. Roosen - Köhler
2. Roosen - Kerstner
3. Gronau - Wolke
4. Grafström - Dierckmann
5. Zentrale - Köhler
6. Zentrale - Kerstner
7. Flugzeug - Anhalt
8. Grafström - Dierckmann